

DATENSCHUTZ

Digitale Sicherheit?

• Otto Diederichs

Das private Sicherheitsgewerbe will sich eine eigene Datenbank schaffen. Das Internet als Medium: Die digitale Fahndung wird immer beliebter.

Vorgemacht hat es das amerikanische FBI und zehn der meistgesuchten Personen in den USA über das Internet ausgeschrieben. Im Mai 1996 konnte FBI-Direktor Louis Free den ersten digitalen Fahndungserfolg melden: Ein Einwohner von Guatemala hatte einen der Gesuchten erkannt.

Wenngleich noch etwas schwerfällig, ist doch auch die deutsche Polizei unterdessen dazu übergegangen, die Möglichkeiten des Internet als weltweit aufrufbares Medium für ihre Zwecke zu nutzen. Im Entführungsfall Reemtsma fahndete die Hamburger Polizei zum ersten Male auch per Internet; etwa zeitgleich wurde in Essen online nach den Erpressern des ALDI-Konzerns gesucht. Das Bundeskriminalamt startete im Sommer 1996 nach dem Anschlag auf die Quebec-Kaserne in Osnabrück erstmals einen digitalen Fahndungsauftrag.¹ Mit eigenen Programmen sind inzwischen die Polizeibehörden von Bayern, Hamburg, Nordrhein-Westfalen, Sachsen und Thüringen im Internet vertreten.²

Nun hat auch das private Sicherheitsgewerbe die Möglichkeiten des Internet erkannt. Seit März diesen Jahres ist das »Europäische Sicherheits-Informationssystem« (EuSIS) unter der Adresse www.eusis.de aufrufbar; Entwickler und Betreiber sind die Computer Programmier Service Krohn GmbH (CPS) und die Detektei Peter Krohn im schleswig-holsteinischen Uetersen.

Das Internet als Netz der Netze ist nicht mehr nur die Nische von Computerfreaks und Hackern.

»Fahndungs-Ausschreibungen«

Da eine privatwirtschaftlich betriebene Datenbank Gewinne abwerfen soll, ist die Struktur von

EuSIS zwangsläufig eine grundsätzlich andere als die traditionellen Fahndungsdateien bei der Polizei. Das Spektrum von EuSIS ist dementsprechend breit angelegt. Firmen- und Literaturpräsentationen sowie eine »Börse« mit Stellenmarkt, Kaufgesuchen und Kooperationsangeboten etc. umrahmen das Herzstück einer »Personen-, Sach- und Ereignisfahndung«.

Während dieses Rahmenprogramm das Geld bringen soll, richtet sich die »Personen-, Sach- und Ereignisfahndung« unmittelbar an den Bedürfnissen der privaten Ermittler aus. »Fahndungs-Ausschreibungen« in diesen Dateien, die im Laufe der Jahre 1997/98 voll ausgebaut werden sollen, können nur von Anwendern vorgenommen werden, die bei der CPS zuvor als berechtigt registriert wurden (Kosten: DM 350,-). Die Ausschreibung zur Fahndung (DM 50,-) bedarf bei erwachsenen Personen der Einverständniserklärung der zuständigen Strafverfolgungsbehörde, bei Minderjährigen oder entmündigten Personen reicht laut EuSIS-Geschäftsbedingungen die schriftliche Zustimmung der Erziehungsberechtigten bzw. eines bestellten Vormundes. Die Ausschreibung erfolgt dann für zunächst drei Monate; eine Verlängerung um weitere drei Monate ist möglich. Ähnlich funktioniert die Sachfahndung; hier ist eine schriftliche Zustimmung des Eigentümers notwendig.

Alle über diese Grundvoraussetzungen hinausgehenden kritischen Punkte versucht die Betreibergesellschaft CPS bereits im Vorfeld auf die Ausschreibenden selbst zu verlagern. »In jedem Fall ist der Ausschreibende für den Inhalt, die Richtigkeit und den Verlauf der Fahndung verantwortlich. (...) Eine Haftung der CPS bei Verletzungen des Persönlichkeitsrechtes oder des

Datenschutzes ist ausgeschlossen.« Diese Klauseln ziehen sich wie ein roter Faden durch die gesamten EuSIS-Geschäftsbedingungen.

Die Vorsicht macht Sinn. Zwar können die Ausschreibungen grundsätzlich nur von den registrierten EuSIS-Teilnehmern veranlaßt werden, die Fahndungslisten selbst sind jedoch für jeden Internetbenutzer (kostenfrei) zugänglich. Gerade darauf basiert ja das System: Ein zur »Fahndung« ausgeschrieben Fahrzeug, Schmuckstück, Gerät etc. – oder eine Person, z.B. ein vermißtes Kind, wird von einem Internet-Server wiedererkannt, der sich dann über die ebenfalls eingetragene Adresse direkt mit dem Ausschreibenden in Verbindung setzen kann.

Die Datei »Ereignis-Sammlung«, deren Daten für zwei Jahre eingestellt werden können, wird nur für registrierte EuSIS-Teilnehmer mittels eines Passwortes (kostenlos) zugänglich sein.

Für private Ermittler soll sich hier z.B. die Möglichkeit eröffnen, sich an einen der dort Ausschreibenden wenden zu können, wenn er etwa Parallelen zu einem eigenen Fall entdeckt oder auch, um seine Dienste anzubieten. Die unmittelbaren Bedingungen für eine Wiederbeschaffung, eine Zusammenarbeit oder allgemeines Tätigwerden regeln die Partner dann unter sich.

Zusammenarbeit mit Sicherheitsbehörden

Großen Wert legen die Betreiberfirma CPS und die kooperationsbereiten Sicherheitsunternehmen, allen voran der Bund Internationaler Detektive (BID), auf eine Zusammenarbeit mit den Strafverfolgungsbehörden. Entsprechend der Betreiberphilosophie will EuSIS »die Informationen zur Verfügung stellen, die nicht geschützt sein müssen.

Diese Informationen können dazu dienen, den Bürger zu informieren und die privaten Ermittlungsorgane in ihrer Arbeit zu unterstützen. So kann EuSIS zu einer hochwertigen Schnittstelle zwischen den öffentlichen und privaten Organen der Strafverfolgung und darüber hinaus zur Informationsquelle für präventive Maßnahmen werden.«³

Folgerichtig wurden zum Jahreswechsel 1996/97 entsprechende Kontakte zu den Sicherheitsbehörden – bis hin zum Bundesnachrichtendienst (BND) – aufgenommen.

Insbesondere die nachgeordneten Polizeidienststellen, die für private Ermittler die wichtigste Kooperationsstufe darstellen, sind nach Darstellung der CPS sehr interessiert. Das Problem besteht allerdings darin, daß das hierarchische Gefüge des Polizeiapparates direkte Kontakte ohne eine vorherige Beteiligung der Zentralstellen nicht zuläßt. Aus diesem Grunde werden derzeit das Bundeskriminalamt und die Landeskriminalämter von der CPS besonders intensiv umworben.

Was aus EuSIS am Ende wird, ist gegenwärtig noch nicht abzusehen. Das schleswig-holsteinische Innenministerium hat den Start mit einigen Auflagen genehmigt; der Datenschutzbeauftragte des Landes hat keine Bedenken geltend gemacht. Dementsprechend sieht man auch beim Bundesbeauftragten für den Datenschutz gegenwärtig keinen Entscheidungsbedarf. Beim Berliner Datenschutzbeauftragten gibt man EuSIS nach einer Demonstrationsveranstaltung im März 1997 keine großen Chancen.

Informationelle Kooperation ?

Diese Einschätzung mag zumindest derzeit noch zutreffend sein. Gegenwärtig muß man die Bundesrepublik wohl noch als Internet-Wüste betrachten, eine Zusammenarbeit mit EuSIS ist für die Strafverfolgungsbehörden sowohl aus diesem Grunde wie auch wegen des Aufbaues eigener Internetfahndungsprogramme vermutlich wenig interessant. Mit dem steigenden Ausbau solcher Programme und der Tendenz in der Bundesrepublik, Private zunehmend an Sicherheitsaufgaben zu beteiligen, ist es allerdings fraglich, wie lange eine solche Zurückhaltung aufrecht erhalten bleibt.

Daß die Qualität des Informationsinputs sowie Art und Umfang einer Beteiligung der Sicherheitsbehörden der Dreh- und Angelpunkt für ein Gelingen von EuSIS sein wird, weiß auch die Betreiberfirma. Als Vorleistung für die erhoffte Kooperation sind in der EuSIS-Datenbank deshalb schon ein-

mal in einer Länderübersicht die Adressen von Staatsanwaltschaften und Polizeibehörden eingegeben. Interessierte Behörden können diesen Eintrag um eigene Zusatzinformationen erweitern (kostenfrei).

Der Januarausgabe der Fachzeitschrift »Kriminalistik« lagen bereits Informationsblätter über EuSIS bei. Insbesondere aus der Schweiz und Österreich (aber auch aus Frankreich) soll es daraufhin zu interessierten Nachfragen gekommen sein. Mit der Einführung von Englisch als EuSIS-Zweitsprache dürfte mit weiterem Interesse zu rechnen sein.

Für den Hauptinteressenten an EuSIS, das Detektivgewerbe steht bereits seit längerem fest, daß auch hier die nationalen Grenzen gesprengt werden müssen und eine engere Zusammenarbeit in Europa dringender erforderlich ist. Bereits heute betreffen rund 11 Prozent des Auftragsvolumens Ermittlungen im europäischen und außereuropäischen Ausland.⁴ Eine eigene Datenbank wie EuSIS könnte da durchaus Sinn machen – zumal wenn man bedenkt, daß die Verlegung des Firmensitzes in ein Mitgliedsland der EU mit einem niedrigeren Datenschutzniveau als in der Bundesrepublik für das Betreiberunternehmen bestenfalls einen formalen Akt darstellen muß.

Sollte EuSIS also nicht bereits im Vorfeld daran scheitern, daß sich die wichtigsten Informationsgeber – die an der Wiederbeschaffung von Diebesgut u.ä. häufig nicht besonders interessierten Großversicherer – verweigern, könnte mit EuSIS ein weiterer Rückschlag für den Datenschutz drohen. Langfristig ist dann auch ein weiterer Deichbruch im Verhältnis von Strafverfolgungsbehörden und privaten Sicherheitsanbietern nicht auszuschließen: die informationelle Zusammenarbeit.

Otto Diederichs war bis Ende 1996 Redakteur und Mitherausgeber des Informationsdienstes Bürgerrechte & Polizei/CILIP; er lebt und arbeitet heute als freier Journalist in Berlin

Anmerkungen

- 1 siehe hierzu: Bürgerrechte & Polizei/CILIP 55 (3/96), S. 67 ff.
- 2 Berliner Morgenpost v. 30.3.97
- 3 EuSIS-Vorstellung v. 28.1.97, S. 33
- 4 Berliner Zeitung v. 22.6.96

STANDPUNKT

Wegschauen & Zuschauen

Von Joachim Kersten

Schlimme Taten gegen Kinder, Frauen und Menschen anderer Herkunft prägen seit einiger Zeit die öffentliche Diskussion über Kriminalität. Der Vorfall in der Hamburger S-Bahn war ein Auslöser. Eine junge Frau wird vor Zeugen vergewaltigt. Die »bystander« sagen und tun nichts. Sie gehen nach Hause, als wäre nichts gewesen. Die Polizei wird nicht verständigt. »Was kann ein Opfer tun?« wird in den ersten Stellungnahmen gefragt. Hinter dieser Frage steckt die kaum verhohlene Angst, man könnte selbst zum Opfer werden, und dann hilft einem vielleicht auch niemand. Nicht das Opfer (die Frau hat um Hilfe geschrien), die Zuschauerhaltung ist das Problem. Reden müßte man mit den anderen. Es gilt, sich über die eigene Wahrnehmung zu verständigen. Dann geht es um das Einschreiten, oder, wenn man sich nicht traut, muß man die Notbremse ziehen, Hilfe holen. Man sitzt nicht mit Bier und Erdnüssen vor dem Fernseher, wo Probleme, Gewalt und Gemeinheit schonend anmoderiert und von Werbeblöcken unterbrochen werden.

Das Verharren im Zu- und Wegschauen ist zur allgemeinen Haltung gegenüber der momentanen Situation in Deutschland geworden. Susanne Gaschke erinnert deshalb

in der ZEIT an minimale Voraussetzungen für eine zivile Gesellschaft. Ohne eine Bereitschaft zur Zivilcourage kann keine solidarische Kultur bestehen. Zuschauer helfen vorwiegend deshalb nicht, weil sie trotz ihrer Wahrnehmung schweigen. Die Folgen werden als Verantwortungsdiffusion und Handlungshemmung beschrieben (Frank Jetter, NK 1/1997): Je mehr Zuschauer, desto weniger Helfer, und das heißt, die mitmenschlich-nachbarschaftliche »Kultur des Helfens« ist in ihrer Substanz gefährdet.

Die Verhältnisse in Teilen unserer Städte, in entstehenden Aussiedler- und Flüchtlingsghettos, in »Multi-Kulti-Drogenwelten«, in westlichen und Kulturen des strammrechten, kahlköpfigen Neuen Deutschland in östlichen Gefängnissen sind problematisch. Diese Wahrnehmung wird nicht nur (aber auch) in einem irrationalen Austausch von Entsetzenslust beim Publikum und Verkaufsstrategien bei den Medien gesteuert. Die Ignoranz gegenüber diesen Verhältnissen und der Sichtbarkeit von angstmachender Kriminalität kennzeichnet einige Teilnehmer an der kriminalpolitischen Debatte als eine bystander-Versammlung.

Rückblick: Der reformfreundige Umgang mit Kriminalität hatte sich in den alten Bundesländern im Jahrzehnt vor der Wiedervereinigung etabliert. Erkenntnisse über die gemeinschaftsschädlichen Konsequenzen einer Poli-

tik der Ausgrenzung durch Einschließen waren in einer handlungsbereiten Kriminaljustiz umgesetzt worden. Eine professionalisierte Sozialpädagogik hatte in der Praxis Brückenköpfe eingenommen. Dies ging einher mit Rückgängen beziehungsweise stagnierenden Raten bei den schweren Straftaten und mit einer Phase relativer Prosperität. Die Knäste wurden leerer. In dieser beschaulichen Phase entwickelten sich juristische und sozialpädagogische Routinen des Umgangs mit straffälligen Jugendlichen und Erwachsenen. Heute sind daraus zum Teil schon bürokratische Automatismen geworden.

Nicht erst seit 1989 zeichnen sich in der Konsum- und Wohlstandsphase die Konturen einer »underclass« ab.

Lebe ich in den Lebenswelten der underclass oder werde ich in sie hineingeboren, gibt es Dinge, die unwahrscheinlich werden: eine befriedigende und bezahlte Arbeit, eine dem Standard entsprechende Wohn-, Erziehungs- und Bildungssituation, ein Leben in Gesundheit, eine Zukunft meiner Kinder. Stattdessen habe ich mich an ein Leben in Abhängigkeiten zu gewöhnen: abhängig wird man mit seinen Angehörigen vom Sozialamt, von anderen Behörden, von »Glücksfällen«, vom Mitleid anderer, von Drogen

und von anderswie gefährdenden Lebensweisen. Ein Blick in Arbeits- und Sozialämter, in »Kulturen« von Menschen ohne festen Wohnsitz, von Substanzabhängigen und Drogendealern, in Asyl- und Aussiedlerghettos zeigt die drohende Präsenz einer underclass auf Massenbasis.

Dramatischer Kulturwandel und die Sichtbarkeit von ängstiger Kriminalität gehören zusammen wie dunkle Wolken und Regen. Angesichts der massiven Veränderungen in unserer Kultur seit 1989 müssen wir auch in Zukunft mit einer extremen Sichtbarkeit von Auffälligkeit rechnen. Diese findet zu einem großen Teil als Kriminalität und Viktimisierung in der underclass statt.

In einer Phase der bedrohlichen Sichtbarkeit von Taten und der Verfestigung einer kriminalitätsbedrohten underclass sollte in der kriminalpolitischen Diskussion genau hingeschaut werden. Man muß sich streiten, um sich zu verständigen. Wen momentan hauptsächlich bewegt, ob Statistikalkulationen der letzten Reinheitsprüfung standhalten oder ob man überhaupt den Begriff »Täter« gar nicht oder gleich für alle männlichen Gesellschaftsmitglieder verwenden sollte, der schaut einer Verschärfung der Verhältnisse als bystander zu.

Prof. Dr. Joachim Kersten lehrt Soziologie an der FH für Polizei in Villingen-Schwenningen und ist Mitherausgeber dieser Zeitschrift

»Die Ignoranz gegenüber diesen Verhältnissen kennzeichnet einige Teilnehmer an der kriminalpolitischen Debatte als eine bystander-Versammlung«